

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, David Erkalp, Franziska Grunwaldt,
Dennis Gladiator, Carsten Ovens (CDU) und Fraktion**

Betr.: Geplagte Gewerbetreibende nicht länger im Stich lassen – Dialog und Problemlösung durch Einberufung eines Runden Tisches „Parkraum-mangel durch Dauerparker“ fördern

Der Hamburger Flughafen ist für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Hamburg von großer Bedeutung. Über 16 Millionen Flugreisende von und nach Hamburg jährlich belegen dies eindrucksvoll. Als innerstädtischer Flughafen ist der Hamburg Airport „Helmut Schmidt“ allerdings in besonderem Maße auf die Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den Anrainern angewiesen.

Diesbezüglich tut der Senat seit Jahren viel zu wenig. So ist die nicht ausreichende Parkplatzinfrastruktur im Umfeld des Flughafens ein immer wiederkehrendes Ärgernis. Während aber der Flughafen selbst mit der Anmietung von Sonderparkflächen während der Hauptreisezeit (siehe Drs. 21/9775) bereits reagiert hat, fällt der Senat hingegen weiterhin durch eine erstaunliche Gleichgültigkeit auf.

Dauerparker mit auswärtigen Kennzeichen auf öffentlichen Parkplätzen und daraus resultierende Parksuchverkehre sind die unmittelbare Folge. Anwohner und Gewerbetreibende in den betroffenen Quartieren werden von den zuständigen Behörden im Stich gelassen oder nicht angehört. Eines der besonders stark betroffenen Gebiete ist der Bereich rund um die Obenhauptstraße südwestlich des Flughafens.

In seiner Antwort auf eine CDU-Anfrage (Drs. 21/10483) musste der Senat kürzlich selbst einräumen, „*dass Reisende ihren Pkw auf in Flughafennähe vorhandenen öffentlichen Parkflächen für längere Zeiträume abstellen*“ und „*dass Reisende auf anliegende Bereiche wie rund um die Obenhauptstraße ausweichen und dort den Parkdruck erhöhen*“. Nicht ohne Grund sind diesbezüglich seit 2015 und bis Ende September 2017 15 Beschwerden beim für das Parkraummanagement zuständigen Landesbetrieb Verkehr (LBV) eingegangen. Auch dem Flughafen Hamburg liegen derlei Beschwerden vor.

Umso bedauerlicher ist, dass der Senat weiterhin versucht, durch rhetorische Mätzchen das Problem aus der Welt zu reden. So wird in Drs. 21/10483 bei der Beantwortung einer Frage bezüglich der Möglichkeit eines Nachtparkverbots bewusst außer Acht gelassen, dass dieses den Beschäftigten der ansässigen Gewerbebetriebe zugutekommen würde, die morgens und nachmittags ihre Schichten beginnen. Stattdessen lenkt der Senat mit dem Verweis auf die nachts nicht bestehende Kundennachfrage vom Kern des Problems ab. Es verwundert daher kaum, dass Vertreter betroffener Gewerbebetriebe weiterhin und regelmäßig die für ihre Belegschaften und Kunden nicht länger hinzunehmenden Zustände kritisieren.

Einen Ausweg aus der offensichtlich festgefahrenen Situation bietet die Einrichtung eines Runden Tisches „Parkraum-mangel durch Dauerparker“ zur Situation in der Obenhauptstraße und den umliegenden Straßenzügen. An diesem beziehungsweise durch diesen können alle Betroffenen und Beteiligten gemeinsam gangbare Lösungen zur Entschärfung der Parkraumnot in dem besagten Quartier erarbeiten.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. einen Runden Tisch „Parkraummangel durch Dauerparker“ einzuberufen, der sich mit der Situation in der Obenhauptstraße und den umliegenden Straßenzügen beschäftigt und konkrete Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Zu diesem sind neben den zuständigen Stellen im Senat und im Bezirk Hamburg-Nord sowie der Flughafen Hamburg GmbH vor allem die in der Obenhauptstraße und in den umliegenden Straßenzügen ansässigen Gewerbebetriebe einzuladen.
2. der Bürgerschaft vor den kommenden Sommerferien, spätestens aber bis zum 31. Mai 2018 einen Bericht über die Beratungen und Ergebnisse des „Runden Tisches“ vorzulegen.